

Antrag der CDU - Ratsfraktion	Datum	Nummer
öffentlich	22.10.2004	A0159/04
Absender		
CDU-Ratsfraktion		
Adressat		
Vorsitzender des Stadtrates Herrn Balzer		
Gremium	Sitzungstermin	
Stadtrat	04.11.2004	
Kurztitel		
Ausstellung Drittes Reich		

Der Stadtrat möge beschließen:

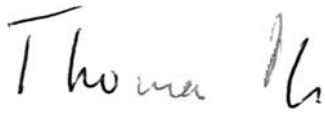
Die Landeshauptstadt Magdeburg organisiert zum nächstmöglichen Zeitpunkt im Kulturhistorischen Museum eine Ausstellung, in der zu zeigen ist, wie im sog. Dritten Reich in Magdeburg Sinti und Roma entrechtet und schließlich zur Ermordung in Konzentrationslager geschickt worden sind.

Begründung:

In einem aus Anlass des bevorstehenden Stadtjubiläums herausgegebenen Sammelband über die Kultur- und Geschlechtergeschichte Magdeburgs behandelt ein Beitrag „das Zigeunerlager am Rande der Stadt Magdeburg während der Zeit des Nationalsozialismus“ mit einem Ausblick auf das weitere Schicksal von dessen Insassen (Buchenwald und Auschwitz). Wieder einmal wird deutlich, dass Geschichte, zumal Zeitgeschichte, umso anschaulicher wird, je mehr sie Einzelschicksale erzählt. Die Geschichte der Magdeburger „Zigeuner“ ist ein besonders bedrückendes Kapitel der Magdeburger Stadtgeschichte. Bedrückend insbesondere im Hinblick auf die Täterseite. Der erwähnte Beitrag legt schonungslos dar, wie eine funktionierende kommunale Verwaltung (einschließlich Vertretungskörperschaft), deren ganz überwiegende Bestandteile doch während der Weimarer Republik, d. h. unter relativ rechtsstaatlichen Umständen, geschaffen waren, mit den auch uns heute geläufigen Methoden eingespielten Verwaltungshandelns willfährig den nationalsozialistischen Rassenwahn befördert und umgesetzt hat.

Diese Banalität des Bösen muss öffentlichkeitswirksamer, als dies ein wissenschaftlicher Aufsatz vermag, dargestellt werden. Magdeburg hat mit dem Mahnmal zur Erinnerung an die ermordeten Sinti und Roma bereits ein deutschlandweit fast einmaliges Signal gesetzt. In unseren Tagen, in denen die geistigen Erben Hitlers und Himmlers zweistellige Landtagswahlergebnisse einfahren, reicht das aber nicht. Der Öffentlichkeit und insbesondere der Jugend muss bewusst gemacht werden, wie leicht vermeintlich sichere rechtsstaatliche Grundsätze und mitmenschliche Errungenschaften außer Kraft gesetzt werden können.

Eine Sonderausstellung im Kulturhistorischen Museum mit entsprechender museumspädagogischer Flankierung und wissenschaftlichem Begleitprogramm erscheint das angemessene Instrument. Dem Vernehmen nach werden auf Arbeitsebene bereits entsprechende Überlegungen angestellt.

Handwritten signature of Thomas Veil in black ink.

Thomas Veil
CDU-Stadtrat